



Änderungsantrag

Öffentlich

Datum

05.02.2013

Nummer

2490/13

Absender

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Rathaus
38100 Braunschweig

Adressat

Oberbürgermeister Dr. Hoffmann
Rathaus
38100 Braunschweig

Gremium

Planungs- und Umweltausschuss
Verwaltungsausschuss
Rat

Sitzungstermin

06.02.2013
12.02.2013
19.02.2013

Betreff

SPD-Änderungsantrag (Nr. 2484/13) zur Verwaltungsvorlage „Stadtbahnausbaukonzept“ (Nr. 15903/13)

Die Ratsgremien mögen beschließen:

Der Änderungsantrag der SPD (Nr. 2484/13) zur Beschlussvorlage der Verwaltung „Stadtbahnausbaukonzept“ (Nr. 15903/13) wird folgendermaßen modifiziert (**Änderungen kursiv und fett**):

„Der Beschlussvorschlag der Verwaltung wird ersetzt durch die folgenden **Punkte 1 bis 5**:

1. Die seit 2001 unterbrochene Arbeit am Verkehrsentwicklungsplan wird ab sofort wieder aufgenommen. Vorrangig wird das Stadtbahnnetz auf sinnvolle Erweiterungen und Ergänzungen untersucht. Dabei sollen **mindestens** folgende mögliche Trassen betrachtet werden:

- Trassenverlängerung nach Volkmarode, ggf. weiter in Richtung Dibbesdorf und darüber hinaus;
- westliche Innenstadtumfahrung;
- Anbindung von Lamme **und/oder Kanzlerfeld über Lehndorf**;
- Anbindung von Rautheim bzw. Südstadt/Mascherode über die Salzdahlumer Straße **oder die Helmstedter Straße**.

2. Das Konzept ist unter einer intensiven Beteiligung von Braunschweiger Bürgerinnen und Bürgern sowie Fachleuten zu erstellen. Ein geeignetes Verfahren hierfür schlägt die Verwaltung dem Rat zu seiner Sitzung am 23.04.2013 vor.

3. Die Verwaltung stellt dem Rat binnen Jahresfrist die Ergebnisse dieser Überarbeitung vor. Der Rat beschließt jeweils über die Einleitung eines Planfeststellungsverfahrens und die Aufstellung eines Kostenplans.

4. Die Verwaltung wird gebeten, mit dem Niedersächsischen Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr Gespräche über die Finanzierung dieser Objekte sowie **zusätzlich der Umspuration der (östlichen) Innestadtdurchführung auf Drei-Schienen-Gleis** aufzunehmen. Angestrebt wird ein 2. Stadtbahnfinanzierungsvertrag.

5. Nach Erarbeitung aller Unterlagen sowie nach belastbarer Kostenschätzung und Klärung der Finanzierungsfrage, **jedoch vor einem Beschluss zur Einleitung eines Planfeststellungsverfahrens** entscheidet der Rat, ob das Stadtbahnausbaukonzept Gegenstand einer Bürgerbefragung werden soll.

Begründung:

Siehe Pressemitteilung des Oberbürgermeisters vom 16. Januar 2013 zum Thema „Bürgerbefragung zur Verlängerung der Stadtbahn nach Volkmarode“.

Gez. Holger Herlitschke
Fraktionsvorsitzender & Vorsitzender des Planungs- und Umweltausschusses